
2094/J XXVIII. GP

Eingelangt am 06.05.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Maximilian Weinzierl
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und
Konsumentenschutz
betreffend **Geburtenrückgang in Österreich infolge der Corona-Politik**

Die demografische Entwicklung in Österreich ist seit Jahren rückläufig. Besonders auffällig ist der markante Einbruch der Geburtenzahlen nach der Corona-Pandemie.

Laut aktuellen Daten der Statistik Austria wurden im Jahr 2023 nur noch 77.605 Kinder geboren¹ – das bedeutet einen Rückgang von 6,1 % gegenüber 2022 sowie über 10 % weniger Geburten im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019.

Es liegt daher nahe, dass die politischen Maßnahmen während der Corona-Zeit – darunter wiederholte Lockdowns, Einschränkungen sozialer Kontakte, wirtschaftliche Unsicherheit und psychosoziale Belastungen – maßgeblich zur Zurückhaltung bei der Familiengründung beigetragen haben.

Diese Entwicklung ist nicht nur gesellschaftspolitisch bedenklich, sondern stellt langfristig ein demografisches Risiko für die Zukunft Österreichs dar. Während die einheimische Bevölkerung rückläufig ist, steigt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund weiter – eine Entwicklung, die langfristig auch kulturelle und soziale Auswirkungen haben wird.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

¹ <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/geburten/demographische-merkmale-von-geborenen>

Anfrage

1. Welche konkreten Erkenntnisse liegen Ihrem Ministerium über die Entwicklung der Geburtenzahlen in den Jahren 2019 bis 2023 vor?
2. Wie erklärt sich das Ministerium den deutlichen Rückgang der Geburtenrate insbesondere ab dem Jahr 2022?
3. Teilt das Ministerium die Einschätzung, dass die staatlichen Corona-Maßnahmen negative Auswirkungen auf die Familienplanung junger Menschen hatten?
4. Wurden entsprechende Untersuchungen über die demografischen Folgen der Corona-Politik vom Ressort beauftragt oder durchgeführt?
 - a. Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?
5. Plant das Ministerium gezielte Anreize oder Fördermaßnahmen für junge Österreicher mit Blick auf Familiengründung?
6. Wird der Einfluss der Corona-Politik auf das demografische Verhalten junger Menschen weiterhin evaluiert?
7. Wie bewertet das Ministerium den Zusammenhang zwischen rückläufiger Geburtenzahl und wachsender Abhängigkeit von Zuwanderung?
8. Welche Schritte setzt die Bundesregierung zur Stärkung einer nachhaltigen, familienfreundlichen Bevölkerungspolitik?